

## Freiwilligkeit und Bürgerschaftliches Engagement: Zentral für die Freie Wohlfahrtspflege!

*Gerhard Timm*

### **Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer und darf nicht instrumentalisiert werden**

Seit der Nationalen Engagementstrategie wurden mit Ausnahme des Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) kaum weiterführende Aktivitäten initiiert. Auch durch den 1. Engagementbericht und die Festlegungen im Bundeshaushalt 2013 sind keine Weiterentwicklungen zu erkennen. Andererseits sind in der Praxis eine zunehmende Instrumentalisierung sowie Begehrlichkeiten und Steuerungsansprüche durch den Staat wahrzunehmen. Diese Vereinnahmungstendenzen und Funktionalisierungen werden sozialstaatliche Probleme nicht lösen. Sie schaden dem »Eigensinn« Bürgerschaftlichen Engagements.

Aufgrund dieser Instrumentalisierungstendenzen verwundert es nicht, dass die demokratie- und partizipationsfördernden Aspekte des Bürgerschaftlichen Engagements in den Hintergrund treten. Im Gegenteil werden durch Bürokratie, überkommene Regelungen des Zuwendungsrechts und hemmende Vorschriften etwa im Kampf gegen Rechtsextremismus künstliche Erschwernisse aufgebaut. Wegen ihrer praktisch großen Relevanz sind die nach wie vor nur mäßigen Vereinbarkeiten von Familie, Erwerbsarbeit und Engagement zu nennen. Auch Menschen mit Behinderung stoßen noch auf zu viele Hindernisse für ihr Bürgerschaftliches Engagement.

### **Für eine Engagementpolitik, die diesen Namen verdient**

Vor diesem Hintergrund erwarten wir von der Bundespolitik, dass sie ihren Beitrag für eine angemessene Finanzierung der Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements leistet. Bürgerschaftliches Engagement ist unentgeltlich, aber nicht kostenlos. Neben individuellen und fachlichen Kompetenzen von Hauptberuflichen und Engagierten bedürfen Organisationen und Netzwerke über Projektförderprogramme hinaus einer verlässlichen Grundförderung.

Bürgerschaftliches Engagement muss auch unter den Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe, Abbau sozialer Ungleichheit und mit dem Ziel der Inklusion allen Menschen offen stehen und in diesem Sinne verbessert bzw. gezielt und speziell fortentwickelt werden. Von stigmatisierenden Förderlogiken ist abzusehen.

Die Bundespolitik sollte die zahlreichen Anregungen aus der Zivilgesellschaft aufgreifend ein Engagementförderungsgesetz auf den Weg bringen. Dabei ist eine stringente Abstimmung mit den Ländern und Kommunen vorzunehmen. Eine Klärung und Stärkung von Zuständigkeiten für Bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Bundesregierung sollte in diesem Kontext erfolgen. Bürgerschaftliches Engagement in Europa muss ebenfalls einbezogen werden.

## Freiwilligendienste: FSJ , FÖJ und BFD zwischen Quantität und Qualität

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements. Mit ihrem spezifischen Profil erleben sie im Inland einen quantitativen Boom. Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) und im Bundesfreiwilligendienst (BFD) gehen Freiwillige eine Selbstverpflichtung ein und engagieren sich für eine festgelegte Zeit. Beim Aufbau des BFD sind leider die in FSJ und FÖJ gesammelten guten Erfahrungen mit dem Trägerprinzip vernachlässigt worden. Nur starke Träger können aber die Qualität des Bildungs- und Orientierungsangebots Freiwilligendienst sicherstellen.

Insbesondere bei der Zielgruppe der über 27jährigen besteht ein erhöhtes Spannungsverhältnis zwischen Engagement und Erwerbstätigkeit. Dies betrifft neben den Erwartungen mancher Freiwilligen auch Tendenzen in Jobcentern gezielt auf den BFD hinzuweisen. Die Arbeitsmarktneutralität des BFD ist unbedingt zu gewährleisten. Dazu sind neben der vorgesehenen Gesamtevaluation der Freiwilligendienste zeitnah weitere Instrumente vorzusehen.

Wir erwarten von der Bundespolitik, dass sie die wichtige Trägerrolle und das ihr zugrundeliegende Subsidiaritätsprinzip stärkt. Die Rollen und Funktionen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) sind in diesem Zusammenhang einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Gleichzeitig ist ein Aufwuchs der Haushaltsmittel notwendig, damit die Nachfrage nach Freiwilligendienstplätzen umfassend bedient werden kann. Es wäre unverantwortlich, dieses Potential engagierter Menschen auch nur in Teilen nicht zu nutzen!

Neben der Bereitstellung von Mitteln sind die zivilgesellschaftlichen Kompetenzen und Möglichkeiten zu nutzen, die Bildungsarbeit in eigenständiger Verantwortung und Selbstorganisation durchzuführen. Dies schließt die Umsetzung von Angeboten zur politischen Bildung ein.

Des Weiteren sind die Qualitätsstandards der Freiwilligendienste gemeinsam weiterzuentwickeln. Beim BFD ist unter Qualitätsaspekten zu prüfen, ob alle Plätze dem Anspruch auch eines Bildungsdienstes entsprechen. Die nach wie vor bestehende Umsatzsteuerproblematik führt zu Rechtsunsicherheit bei Trägern und Zentralstellen

und auch zu unnötiger Bürokratie. Daher fordern wir, wie bereits seit Jahren, eine umfassende Umsatzsteuerbefreiung für alle gesetzlich geregelten Freiwilligendienste.

Was die Nähe zwischen Arbeitsmarkt- und Engagementpolitik anbelangt, müssen neben deren grundsätzlicher Trennung insbesondere die massiven Kürzungen der Eingliederungsmittel zurückgenommen werden und die Förderbedingungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB II und III wieder verbessert werden. Entwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind aus denen der Freiwilligendienste herauszuhalten.

## Autor

---

**Dr. Gerhard Timm** ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Er ist damit zuständig für die Berliner Geschäftsstelle sowie den Arbeitsbereich Europa in Brüssel und die Abteilung Wohlfahrtsmarken in Köln. Zuvor vertrat er als Bundesgeschäftsführer die Interessen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND).

## Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Dr. Gerhard Timm

Telefon: 030 / 240 89 121

E-Mail: [gerhard.timm@bag-wohlfahrt.de](mailto:gerhard.timm@bag-wohlfahrt.de)

[www.bagfw.de](http://www.bagfw.de)

## Redaktion

---

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)